



Die Krefelder AfD sagt NEIN zur neuen DITIB-Moschee.

Natürlich steht die Krefelder AfD für freie Religionsausübung, wie sie im Grundgesetz verankert ist.

KREFELD. Die geplante Moschee auf dem Platz zwischen Bahndamm, Gladbacher Straße und Deutscher Ring stößt bei der AfD Krefeld auf Ablehnung.

Der betreibende Moschee-Verein „Fahtih Camii“ ist der „DITIB“ angeschlossen, der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V.

„DITIB“ untersteht der dauerhaften Leitung, Kontrolle und Aufsicht des staatlichen Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten der Türkei, welches dem türkischen Ministerpräsidentenamt angegliedert ist. Die an staatlichen theologischen Hochschulen in der Türkei ausgebildeten Imame der „DITIB“ werden für fünf Jahre nach Deutschland geschickt und sind de facto Beamte des türkischen Staates, von dem sie auch bezahlt werden.

Interessant ist in diesem Kontext die Namensgebung des Krefelder Fatih-Camii-Moscheevereins. Bei dieser Namensschöpfung

handelt es sich laut der Enzyklopädie Wikipedia um die Eroberer-Moschee Fatih Camii in Istanbul, zu deren Bau der damalige Sultan die Apostelkirche an ihrem angestammten Platz abreißen ließ.

Eine weitere Ausdehnung des Einflusses der türkischen Regierung auf deutschem Boden lehnen wir ab. Die AfD akzeptiert selbstverständlich das Grundrecht auf freie Religionsausübung. Religion ist Privatsache und niemand darf aufgrund seiner Religion diskriminiert werden.

Wenn aber ein vom Ausland und hier aus der Türkei gesteuerter Verein sich ein solch großes Denkmal setzen will, ist das abzulehnen. Der Islam ist im Kern eine Ideologie, dessen Regeln des Zusammenlebens nicht mit unseren Vorstellungen von Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung zusammen passen. Ehrenmorde, Unterdrückung von Mädchen und Frauen, Beschneidungen, Scharia usw. haben in Deutschland keinen Platz! Daher lehnen wir

auch die weitere Ausbreitung des orthodox gelebten Islam in Deutschland ab.

Interessant ist es für die AfD, den durch die Islamverbände immer stärker werdenden politischen Diskurs vorbehaltlos zu betrachten. Dabei fällt unübersehbar auf, dass sich der Islam in seiner sprachlichen Terminologie, öffentlich in Talkshows, der Presse oder bei Debatten, in geschickter Weise an die Nomenklatur der Alt-Parteien insbesondere der Grünen und der SPD anpasst.

Begriffe wie Transparenz, Allgemeinheit und Freiheit fallen dabei immer häufiger, sowie ein knallhartes Fordern nach der im Grundgesetz verankerten Religionsfreiheit.

Über die wahren Hintergründe hinsichtlich der Finanzierung von Moscheebauten und anderen Aktivitäten, ideologischer und religiöser Ausrichtung und Ausbildung von Imamen sowie auch des Machtanspruches und politischer Verbindungen, um nur einige Aspekte zu nennen, wird geschickt von rhetorisch begabten Islam-

vertretern geschwiegen oder werden verharmlost.

Kritische und gegenteilige Äußerungen werden schnell mit den Stigmata des Nazivorwurfs oder des Rassismus überschüttet.



Veranstaltung in Krefeld am 19. April 2017 um 19 Uhr

Anmeldung erforderlich: www.afd-krefeld.de oder per Mail: sprecher@afd-krefeld.de



Armin P. Hampel

Martin Renner

Guido Reil

Guido Krebber und Dr. Martin Vincentz Krefelder Kandidaten für den Land- und Bundestag
Martin Renner NRW Landessprecher und Nr. 1 Listenkandidat für den deutschen Bundestag
Guido Reil nach 26 Jahren SPD Direktkandidat für die AfD im Essener Norden.

Armin Paul Hampel Mitglied im AfD-Bundesvorstand und Vorsitzender der AfD Niedersachsen

Begrenzte Anzahl VIP-Karten inkl. Getränke/ Snacks zum Preis von 30,- EUR erhältlich.

Eintritt frei!

Alternative
für
Deutschland

Für eine erfolgreiche Anmeldung ist die Angabe des vollständigen Namens und Anschrift sowie einer Rufnummer für Rückfragen erforderlich. Der Veranstaltungsort wird Ihnen einen Tag vor Beginn mitgeteilt.

Willkommen im Wahljahr 2017.

Was ist nur aus unserem Bundesland geworden?

Es gehört zu den Fake News, dass die Bürger nur alle vier oder fünf Jahre an den Urnen die Wahl haben. Sie haben immer die Wahl, sich zustimmend oder kritisch zu den Zuständen in ihrem Land zu verhalten. Sie können den zunehmenden Verfall von Recht und Ordnung, innerer Sicherheit und Infrastruktur, Geldwertstabilität und Bildung passiv dulden oder klar ablehnen. Sie können sich angeblich alternativlosen Entwicklungen unterwerfen oder Zivilcourage zeigen.

Es ist unser Land, wir sind der Souverän: wir können gewaltlos Regierungen beenden und gesellschaftliche Strukturen verändern. Geschichte geschieht nicht einfach, Geschichte wird gemacht.

Und was wurde in allerjüngster Geschichte aus unserem Bundesland gemacht, dem einst bedeutenden Wirtschafts-, Wissenschafts- und Forschungsstandort? Heute ist Nordrhein-Westfalen in allen wichtigen Politikfeldern national und international Schlusslicht. Beim Wirtschaftswachstum, bei der Beschäftigungsquote, der Verbrechensaufklärungsquote. Dafür einsame Spitze hinsichtlich Arbeitslosigkeit, Firmeninsolvenzen, Kinderarmut und Kriminalität. Aber um den Verfall unseres Landes zu erkennen, bedarf es keiner Statistiken. Ein Gang durch die Städte zeigt genügend Verrottung, Verschmutzung und Vernachlässigung,

zeigt kaputte Straßen, graffitiverschmierte Fassaden und vermüllte Grünflächen. Eine Fahrt mit dem Auto oder dem öffentlichen Nahverkehr dürfte reichen, um den Zustand unserer Infrastruktur zu begreifen. Und wem das alles noch nicht reicht, der sollte mal eine Hauptschule in einem so genannten Brennpunkt besichtigen oder nachts in einem bekannten Problemviertel flanieren. Die Landesregierung will den Bürgern weismachen, das läge an fehlendem Geld. Dabei steigen auch in Nordrhein-Westfalen die Steuereinnahmen prozentual wesentlich stärker als die Einkommen und Renten: 2015 und 2016 um rund acht Prozent. Trotzdem wollen Kraft & Co. auch weiterhin neue Schulden machen.

Und die Probleme, die durch Geld alleine nicht gelöst werden können? Die erklärt auch unsere Landesregierung als schicksalhaft. Offene Grenzen, Masseneinwanderung mit allen ihren dramatischen Folgen für den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, für unsere Bildungssysteme und unsere Sicherheit, für unser Zusammenleben insgesamt seien ebenso alternativlos wie der Verzicht auf eine stabile Währung und Zinsen auf Ersparnisse.

Dass das Unsinn und Volksverdummung ist, zeigt ein Blick in unsere jüngste Vergangenheit. Letzteres wird ja gerne als „Rückwärtsge-

wandtheit“ diffamiert. Und zwar von den selbst ernannten Meinungsführern in Politik und Medien, die sich beharrlich weigern, aus der Geschichte zu lernen. Die zeigt nämlich unter anderem, dass Deutschland nicht trotz, sondern wegen seiner eigenen starken Währung, und nicht trotz, sondern wegen gesicherter Grenzen zu einer der erfolgreichsten und wohlhabendsten Nationen der Welt wurde. Viele von uns werden sich noch daran erinnern, dass wir mit D-Mark und Grenzbeamten nicht in einer „abgeschotteten“, von internationalem Waren- und Kulturverkehr ausgeschlossenen Welt lebten.

Wir waren keine tumben Nationalisten, sondern reisefreudig, weltoffen und allem Neuen und Fremden gegenüber aufgeschlossen. Ein Zurück zu einem starken, souveränen Nationalstaat als Teil der europäischen Staatengemeinschaft ist deshalb kein Rückschritt und führt auch nicht zu Wohlstandsverlusten, Konflikten oder Krieg.

Was hingegen mit Sicherheit zu massiven Konflikten führen wird, ist die Politik des „vorwärts immer, rückwärts nimmer“. Eine Politik, die die Wahrung der eigenen Interessen, des selbst erarbeiteten Eigentums und der eigenen Kultur und Lebensweise als böse, fremdenfeindlich und rassistisch diffamiert. Die die Staatsbürger als „diejenigen, die schon

länger hier leben“ rechtlich und finanziell allen gleichstellen möchte, die gerade über die offenen Grenzen hereinkommen. Die nur noch „Menschen in diesem Land“, aber nicht mehr ihren Souverän kennen will.

Und die – das ist eine der bedrohlichsten Entwicklungen – nun sogar eine Art „Wahrheitsministerium“ einrichten will. Genauer gesagt ein „Abwehrzentrum gegen Falschinformationen“, das direkt beim Bundeskanzleramt beziehungsweise dem 500 Mitarbeiter starken Bundespresseamt angesiedelt sein soll. „Mit Blick auf die Bundestagswahl sollte sehr schnell gehandelt werden“, heißt es dazu ganz offenerherzig aus dem Bundesinnenministerium. Denn mit „falsch“ ist nicht „faktisch unrichtig“ gemeint – falsche Fakten sind im Zeitalter der online-Recherche schnell entlarvt -, sondern so genannte „Desinformation“ im Sinn einer regierungsseitig unerwünschten Nachrichtenlage. Die nicht nur „richtig gestellt“, sondern auch bestraft werden soll.

Vielleicht bleibt den Bürgern im Wahljahr 2017 also nicht mehr viel Zeit, sich noch frei zu informieren und frei ihre Meinung zu äußern – nutzen Sie sie! Und machen Sie was draus: Nordrhein-Westfalen ist Ihr Land. Sie bestimmen, wie Sie und Ihre Kinder hier leben wollen. Sie sind der Souverän – nicht nur an der Wahlurne!

„Unkontrollierte Zuwanderung ist keine Lösung für demographische Probleme.“

AfD-Bundesvorstandsmitglied Alice Weidel bezieht Stellung.

„Von der Bundesregierung und Vertretern von Großkonzernen werden die Rekorderdwohnerzahlen durch Zuwanderung gefeiert. Die Bevölkerung auf dem Gebiet der Bundesrepublik steigt. Das allein ist jedoch keine Meldung, die Grund zum Jubeln ist.“

Die meisten Zuwanderer der letzten Jahre sind gering qualifiziert und kaum integrierbar. Per Saldo kosten sie den Sozialstaat deutlich mehr als sie einbringen. Ihr Konsum bewirkt einen temporären Wachstumseffekt, der aber nicht nachhaltig ist. Er wird finanziert auf Kosten der Steuerzahler. Damit lassen sich zwar für einige Jahre künstlich geschönte Wachstumswahlen präsentieren und die Asylindustrie kann satte Gewinne einstreichen. Die strukturellen Probleme des Sozialstaates werden damit aber noch weiter verschlimmert.

Eine gesteuerte qualifizierte Zuwanderung kann positive Effekte haben. Sie kann aber kein Ersatz für eine zukunftsfähige Familien- und Bildungspolitik sein.

Eine geschätzte Zuwanderung von rund 300.000 pro Jahr – besonders aus den arabischen Staaten – wäre eine demogra-

phische Katastrophe für Deutschland. Hier von ‚Stabilisierung‘ zu sprechen, ist blanker Hohn.

Die aktuelle Politik der offenen Grenzen, die vor allem muslimische Armutsmigranten ohne Qualifikation nach Deutschland lockt, bringt große gesellschaftliche und langfristig auch ökonomische Verwerfungen mit sich.“

Alice Weidel studierte Volks- und Betriebswirtschaft an der Universität Bayreuth und promovierte 2011 an der Bayreuther Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Sie arbeitete unter anderem bei Goldman Sachs und Allianz Global Investors Europe in Frankfurt am Main und war sechs Jahre in der Volksrepublik China tätig. Sie arbeitet als Unternehmensberaterin für Start-Ups. Alice Weidel lebt mit ihrer Lebenspartnerin und ihrem Sohn am Bodensee.



„Schulz ist kein Hoffnungsträger, sondern Deutschlands Totengräber.“

Zu den neuesten Umfragen, die erstmals seit langer Zeit die SPD vor der CDU/CSU sehen, erklärt AfD-Bundesvorstandsmitglied Paul Hampel:



„Die AfD begrüßt die steigenden Umfragewerte für die Schulz-SPD, weil damit klare politische Positionen für die Bürger verständlich werden. Während die Unionsparteien, Grüne und FDP zum Hype um Martin Schulz bisher nichts zu melden haben, setzt die AfD auf ein klares Kontrastprogramm.“

Wer dafür ist, dass Deutschland noch mehr Rechte an die Europäische Union abgibt, wählt Schulz. Wer dafür ist, dass ein Meister des Kungelns und undurchsichtiger Machtspielen der nächste Bundeskanzler wird, wählt Schulz. Wer noch mehr Umverteilung, noch

mehr Zuwanderer und noch mehr Steuern möchte, wählt Schulz.

Schulz hat zusammen mit Schäuble alle Maßnahmen zur Vergemeinschaftung der Eurozone mitgetragen: Eurobonds, Griechenlandrettung und die desaströse Zinspolitik der EZB. Schulz ist kein Hoffnungsträger, er ist der Totengräber eines freien und souveränen Deutschlands.

Wer dagegen will, dass die deutsche Interessen konsequent vertreten werden, wählt AfD. Wer will, dass die Anliegen der Bürger im Zentrum der Politik stehen, wählt AfD. Wer die Bürger

finanziell entlasten und die unnötigen Ausgaben für Zuwanderer kürzen will, wählt AfD. Noch nie waren die Alternativen so klar.“

Text folgt

Setzen Sie mit Ihrer Plakatspende ein Zeichen!

AfD-Plakat an Ihrem Wunschstandort in Krefeld.

Wenn die Regierung versagt, müssen wir aktiv werden. Mit Ihrer AfD-Plakatspende sagen Sie: „So geht es nicht weiter!“ und senden Ihre Botschaft an die Bewohner Krefeld. Gleichzeitig unterstützen Sie mit Ihrem Großflächenplakat die AfD. Mit Ihrer Hilfe werden unsere Botschaften von vielen Menschen wahrgenommen. Jedes von Ihnen gespendete Plakat bringt uns ein Stück weiter auf dem Weg in die Parlamente.

Mit Ihrer Plakatspende können Sie die AfD dabei unterstützen, deutlich präsent zu sein und von vielen Menschen wahrgenommen zu werden. Spenden Sie hier für ein Großflächenplakat an einem Standort Ihrer Wahl. Ganz gleich ob AfD-Mitglied oder Privatperson Ihre Plakatspende hilft.

Plakate spenden? Ganz einfach - So funktioniert es:

Für Ihre Plakatspende suchen Sie einen oder mehrere Plakatstandorte aus, an denen wir Großflächenplakate für die Partei aufhängen.

Dafür spenden Sie uns den Betrag, den dieser Standort für 10 beziehungsweise 11 Tage (Dekade) kostet. Dieses Geld wird bei Abschluss der Spende und der Bestätigung,

dass diese Fläche tatsächlich frei ist und für uns reserviert wird, von Ihrem Konto eingezogen. Jede Spender erhält eine Spendenquittung, damit die Spende beim Finanzamt geltend

gemacht werden kann. Im Falle einer Spende bis zum 31. Dezember des aktuellen Jahres wird die Spendenbescheinigung voraussichtlich im März des Folgejahres verschickt.

Das könnte „Ihr“ Plakat sein. Spenden Sie es doch der AfD-Krefeld!

HERBSTOFFENSIVE 2015
www.alternativefuer.de/herbstoffensive-2015

Alternative für Deutschland

Neue Kraft für NRW

<https://afd.nrw/landtagswahl/plakate-spenden>

AfD - Bürgersprechstunde zur Bebauung am Fernmeldeturm

In den letzten Wochen fand der Bebauungsplan rund um den Fernmeldeturm an der Glockenspitze eine besondere Beachtung.

Geplant ist, die Brachfläche mit einem 150 Meter langen und bis zu 14 Meter hohen Gebäudekomplex zur gewerblichen Nutzung zu bebauen, sowie daran anschließend Wohnbebauung.

Die AfD Krefeld hatte hierzu am 18. Februar zu einem „Bürgerforum“ geladen. Gemeinsam mit den AfD-Bezirksvertretern in Ost und

Oppum-Linn haben etwa 20 Anwohner ihre Bedenken vorgetragen.

Hierbei waren vor allem der zu erwartende Autoverkehr und die Höhe des Gewerbeblocks die Hauptkritikpunkte der Anwohner. Nirgendwo steht ein so massiver Gewerbeblock in so dichtem Abstand zu Wohnbebauung. Auch ist bislang unklar, welche Art von

Gewerbe dort einziehen soll.

Wir halten die Nutzung von Brachflächen im innerstädtischen Bereich grundsätzlich für sinnvoll, halten aber insbesondere den Gewerbeblock für überdimensioniert.

Auch fordern wir ein Verkehrskonzept zu den zu erwartenden Verkehrsströmen im Liefer-

und Kundenverkehr. Die Violstraße und die Schönwasserstraße sind in diesem Bereich deutlich zu schmal um den Verkehr aufzunehmen.

Unsere Bezirksvertreter haben sich in den Gremien erfolgreich für eine Überarbeitung des Plans ausgesprochen.

Schulen in Krefeld – rot-grüne Regierung verlagert Zielsetzung.

Weg von individueller Bildung – hin zu staatlich verordneter Vereinheitlichung, Inklusion und Integration.

Entwicklung der Anzahl städtischer Krefelder Schulen (Schulstatistik 2013/14 und 2016/17)

	Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien	Förderschulen	Gesamtschulen
2012	7	5	8	6	3
2016	4 (alle in Auflösung)	5 (2 in Auflösung)	8	5	5

Für alle Parteien ist „Bildung und Schule“ im vordersten Bereich der Wichtigkeit. Für die AfD steht die Bildung jedes einzelnen Kindes nach individueller Begabung im Mittelpunkt. Und dies sehen wir als Alleinstellungsmerkmal. Für die politischen Wettbewerber besonders der Regierungsparteien Grüne und SPD, aber auch CDU und besonders LINKE ist das Fortkommen jedes einzelnen nicht (mehr) das Wichtigste. Die Schulen sollen verstärkt andere gesellschaftliche Aufgaben übernehmen. Drei davon sind hier knapp zusammengefasst:

1. Staatlich verordnete Vereinheitlichung (Gesamtschulkonzept)

Dies manifestiert sich in der staatlichen Durchsetzung der integrierten Gesamtschulen und dem Zurückdrängen des dreigliedrigen Schulsystems aus Hauptschule – Realschule – Gymnasium. In Krefeld kann man dies sehr deutlich erkennen an der Neugründung zweier Gesamtschulen (Uerdingen 2013 und Oppum 2016). Beides erfolgte in Räumlichkeiten von ehemaligen Realschulen und zeitgleich wurden Realschulen und Hauptschulen zum „Auslaufen“ gebracht, dürfen also keine neuen Schüler mehr aufnehmen und stehen vor der Auflösung. Bei den städtischen Gymnasien ging die Zahl der eingeschulten Schüler deutlich zurück (2012: 769 und 2016: 699). Es ist daher nur eine Frage der Zeit wann ein Gymnasium von Seiten der Politik für die „Auflösung“ vorgesehen wird.

Was ist an der Vereinheitlichung falsch?

Der Grundgedanke ist falsch. Die Regierung nennt das Einheitssystem der Gesamtschulen „bun“, wir als AfD nennen es „aschgrau“. Das Ziel, allen Kinder die volle Entwicklung ihres Potentials zu ermöglichen, wird gerade in einem Gesamtschulsystem (im Wesentlichen ist es ja das überkommene Prinzip der Dorfschule) nicht erreicht, sondern besonders für Kinder aus bildungsfernen Schichten erschwert. Es besteht zudem die Gefahr, dass sich Schüler vermehrt hin zu geringerer Leistungsbereitschaft vereinheitlichen. Das gegliederte Schulsystem ist effizienter, und fordert die Schüler in leistungshomogenen Klassen zur Zielstrebigkeit heraus. Wichtig ist für uns als AfD die konsequente Durchlässigkeit des dreigliedrigen Systems (nach unten und oben). Auch für Kinder, die als Hauptschüler starten, muss ein Weg im Schulsystem zum Abitur möglich bleiben, auch wenn der mit zusätzlicher Anstrengung und Zeit verbunden ist.

Fragen Sie sich selbst: Ist der Bildungsstand der Schüler seit 2012 wohl besser geworden?

2. Staatlich verordnete Inklusion (lateinisches Wort für „Einschluss“) Die rot-grüne Regierung in NRW entzieht unterstützt von CDU und LINKE den Förderschulen den Boden, um nicht zu sagen den Förderschulen wird der Kampf angesagt.

Erkennbar ist dies in Krefeld an der Schließung der Comeniuschule an der Mariannenstraße in 2015 (Förderschule mit Schwerpunkt Lernen). Stolz wird in einem Bericht über den Umsetzungsstand der Inklusion aus dem Jahr 2016 darauf verwiesen, dass in Krefeld bereits etwa 60% der Schüler mit Förderbedarf an Regelschulen unterrichtet werden.

Was ist an der Inklusion falsch?

Nach Ansicht der AfD wird das Inklusionskonzept den Bedürfnissen der Förderschüler ebenso wenig gerecht wie denen der Regelschüler. Kinder mit Förderbedarf verdienen eine spezialisierte Beschulung in Förderschulen um ihnen optimale Perspektiven zu bieten. Inklusion der Förderschüler in den Regelunterricht kann dies nicht leisten und verschlechtert zudem die Möglichkeit einen ordnungsgemäßen Unterricht zur Vermittlung von Bildung durchzuführen. Die Aufmerksamkeit der Lehrer wird stark auf die Förderschüler gelenkt. Finanziell ist die Inklusion ein Desaster, da starker Personalbedarf besteht, ohne dass sich dies in verbesserten Bildungsergebnissen niederschlägt.

Unbenommen davon ist für die AfD das Prinzip möglichst starker Barrierefreiheit wichtig, so dass Schülern mit eingeschränkter Mobilität eine breite Regelschulwahl zur Verfügung steht.

Fragen Sie sich selbst: Werden verfügbare Mittel für Bildung durch Inklusion effizient eingesetzt?

3. Staatlich verordnete Integration

Die Auswirkung des von der Bundesregierung seit der Grenzöffnung 2015 großangelegten Integrationsversuchs wird sich ab diesem Jahr in regelmäßiger Zerschlagung einer Vielzahl bestehender Klassenverbände in Krefeld zeigen. Die gesetzlich verordnete Auflösung der seit 2015 gebildeten „Seiteneinsteigerklassen“ für Kinder von Flüchtlingen wird 2017 verpflichtend. Diese Schüler mit

geringen deutschen Kultur- und Sprachkenntnissen müssen nun auf Regelklassen verteilt werden. In 2017 sind es für Krefeld etwa 140 Seiteneinsteiger, in 2018 dann zusätzlich noch einmal etwa 310. Da die Regelklassen in Krefeld überwiegend nahe der Obergrenze der zulässigen Klassengröße liegen, müssen zahlreiche Klassenverbände zerschlagen und unter Integration der Seiteneinsteiger neu zusammengestellt werden. Dies wird schon zu Beginn des neuen Schuljahres im August 2017 stattfinden. Es wird sich zeigen, wie der zusätzliche Raumbedarf sichergestellt wird und wie freudig die von der Klassenzerschlagung betroffenen Schüler hierauf reagieren werden.

Was ist an der Integration falsch?

Grundsätzlich ist es für die AfD richtig, dass eine Beschulung in Regelklassen gut für die Integration von Kindern mit ausländischen Wurzeln ist. Jahrzehntlang hat dies für Schüler aus den meisten Herkunftsländern reibungslos funktioniert. Im aktuellen Fall wird ein Erfolg erschwert, da der Großteil der Seiteneinsteiger in sich homogene Kultur- und Sprachgruppen bildet. Praktisch unmöglich gemacht wird ein Erfolg aber durch die immense Anzahl, die integriert werden müsste. Dies führt zu Auswüchsen, wie der massenhaften Zerschlagung von Klassenverbänden. Die AfD ist der Ansicht, dass die Beschulung von Flüchtlingskindern in speziellen Klassen mit Kindern aus den gleichen Herkunftsländern stattfinden soll. Da die Flüchtlingsfamilien nach Wiederherstellung sicherer Zustände in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollen, wird so auch den Kindern die Rückkehr erleichtert. Und die Integration der tatsächlichen Einwandererkinder bei uns kann wie in den vergangenen Jahrzehnten mit heterogener Herkunftsstruktur und überschaubarer Anzahl eine Erfolgsgeschichte bleiben.

Fragen Sie sich selbst: Stellen Sie eine gelungene kulturelle und sprachliche Integration seit 2015 fest?

AfD fordert Erhalt der Bargeldnutzung als bürgerliches Freiheitsrecht.

Trotz anhaltender Dementis der Bundesbank will die Bundesregierung im Zusammenspiel mit der EU und der „Opposition“ im Bundestag den Einstieg in die Bargeldabschaffung vollziehen. Entgegen eigenen langjährigen Beteuerungen und trotz der Ablehnung durch 75% der Bundesbürger betreibt die Bundesregierung unter Führung des Schäuble'schen BMF die Einführung einer Obergrenze für Bargeldzahlungen. Die AfD hatte diese absehbare Entwicklung ebenso wie deren vorgeschobene Begründung „Verhinderung von Terrorfinanzierung“ vorausgesehen und bereits 2015 in Ihrem neuen Grundsatzprogrammtext abgelehnt. Dazu sagte Alice Weidel, Bundesvorstand der AfD und Sprecherin des Bundesfachausschusses „Geld-, Euro-, Währungspolitik“: „Das vorgeschlagene Bargeldverbot ist ein Angriff auf unsere Freiheit. Diese Maßnahme ermöglicht es, einen Negativzins als Strafsteuer für Sparer unmittelbar durchzusetzen und falls dies nicht genügen sollte, neue Vermögensabgaben per Zwangsabbuchung von Konten direkt umzusetzen. Dies ist ein direkter Angriff auf die Eigentumsrechte der Bürger. Darum ver-

wundert es nicht, dass sich die Bundesregierung – CDU / SPD – als williger Vollstrecker darbietet. Zudem ist Bargeld gelebter Datenschutz – geben wir den privaten baren Geldverkehr auf, so werden nicht nur den Handelstreibenden hohe operative Umstellungen auferlegt, sondern den Bürgern wird auch ein elementares Freiheitsrecht genommen und der Weg in die Vollüberwachung aller Lebensbereiche geebnet. Dagegen wird das Problem der Geldwäsche nicht dadurch bekämpft, dass man Geldscheine abschafft. Für ihre Geldwäsche- und Finanzierungsaktivitäten werden Kriminelle weiterhin problemlos andere Mittel und Wege finden – während Bargeldbesitzer kriminalisiert werden. Aus diesem Grund hat die AfD sich dieser Entwicklung schon 2015 prophetisch bzw. damals noch prophylaktisch entgegengestellt in ihrem Grundsatzprogramm des Bundesfachausschusses für Geld-, Euro-, und Währungspolitik. Darum rettet unser Bargeld, denn Bargeld ist geprägte Freiheit.“ Der Wirtschaftspublizist und stv. Sprecher des Bundesfachausschusses „Geld-, Euro-, Währungspolitik“ der AfD, Peter Boehringer,

ergänzt: „Ein Bargeldverbot wäre ein weiteres Element einer ökonomisch und rechtsstaatlich bedenklichen Entwicklung. Die Politiker im heutigen Bundestag und in EU-Europa brauchen zur weiteren Rettung ihres „alternativlosen“ aber auf Dauer unrettbaren Transfer-Euros und zur immer stärkeren Schuldenfinanzierung der Haushalte inzwischen völlig unnatürliche Negativzinsen, denen sich die Menschen natürlich durch Flucht ins Bargeld entziehen würden. Die Negativzinspolitik der illegitim und planwirtschaftlich Politik betreibenden Zentralbanken ist darum nur durch das antiliberaler Bargeldverbot durch-

setzbar. Undemokratische und bürgerferne Politik kann nur über für den Staat kostenfreie Kreditaufnahme finanziert und auf Kosten der Bürger aufrechterhalten werden: Den Sparer und Altersvorsorgern soll absehbar jede Fluchtmöglichkeit aus dem unsicheren und konfiskationsträchtigen Bankkontensystem genommen werden. Die zur Vermeidung von Bürgerprotesten vom BMF zunächst noch relativ hoch angesetzte Einstiegsschwelle von 5.000 Euro wird schrittweise „zwecks EU-Harmonisierung“ gesenkt werden – zuletzt bis nahe Null. Freiheit verliert man in kleinen Scheibchen.“



„Antworten finden auf die Fragen, die durch die politische Apathie der Altparteien vor sich hin schwelen.“

Die Alternative Krefelder Post führte ein Interview mit Dr. med. Martin Vincentz, dem stellvertretenden Sprecher der AfD in Krefeld, landesfachpolitischer Sprecher für Gesundheit und Krefelder Landtagskandidat.

Herr Dr. Vincentz, die AfD wird im öffentlichen Diskurs offen angefeindet. Diskussionsabende mit der AfD werden durch linke Gruppierungen unter Androhung von Gewalt verhindert. Lokale, die der AfD Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, werden auf verschiedenen Wegen unter Druck gesetzt. AfD-Mitglieder bekommen an ihrer Arbeitsstelle Probleme, wenn das politische Engagement bekannt wird, Häuser von AfD-Politikern werden beschmiert, Steckbriefe in der Nachbarschaft verteilt, um nur einige Beispiele zu nennen. Warum kandidieren Sie trotzdem als Direktkandidat mit ihrem Gesicht für die AfD?

Durch Gewalt darf man sich nicht von seiner politischen Überzeugung abbringen lassen. Deutschland zeigt hier, wie unsicher es nach wie vor im Umgang mit der Demokratie ist. In der Schweiz, Frankreich, oder England schütelt man über solche Umstände nur den Kopf. Dort wird zwar ebenso lebhaft diskutiert, nach einer Debatte reicht man sich aber die Hand und versucht nicht, den politischen Gegner auch privat zu bedrängen. Bei uns wird zunehmend ziviler Ungehorsam zweckentfremdet. Ein Mittel, das dazu erdacht war, gegen einen ungerechten Staat zu opponieren, wird benutzt, um politische Opposition unter Druck zu setzen. Umso wichtiger ist es aber, dass sich die Köpfe hinter der AfD nicht verstecken, sie nicht in Deckung gehen und den anderen die Deutungshoheit überlassen. Es ist immer leichter, über den bösen Kontrahenten zu dozieren, wenn dieser kein Gesicht hat. Wenn es statt um eine graue Masse, um reale Menschen geht, also Handwerksmeister, Polizisten, Anwälte, Ärzte, Familienväter, Rentner, die sich für die AfD engagieren, dann wird die Hemmschwelle größer, uns in dieser Einseitigkeit das Recht am politischen Diskurs abzuspochen. Um nicht mehr, aber auch nicht weniger geht es: **Das Parlament sollte alle Meinungen der Gesellschaft abbilden und nicht einige abqualifizieren.** Wer ein wirklicher Freund der Demokratie ist, muss das eigentlich befürworten. Wir AfD'ler bekommen ja auch beizeiten nervöses Augenzucken, wenn die Grünen wieder eine ihrer Thesen lancieren, aber das muss man eben aushalten. Das Grundgesetz ist der Rahmen zu dem wir uns klar bekennen. Dort sind schließlich auch kontroverse Meinungsäußerungen geschützt.

Mit Ihren 30 Jahren werden Sie den Altersschnitt im Parlament erheblich senken. Wie sind Sie so früh zur Politik gekommen?

Ich habe mich einfach schon sehr früh für Geschichte und die verschiedenen politischen Modelle von Gesellschaft und Zusammenleben interessiert. Während andere vielleicht eher in Kauf genommen haben, dass es ist, wie es ist und ihr Glück im vorgegebenen Rahmen gesucht haben, hatte ich schon immer ein Bedürfnis, die äußeren Umstände zu hinterfragen und mich gegen Ungerechtigkeiten zu stellen. So habe ich bereits als Schülersprecher im Gymnasium eine Demo gegen den Irakkrieg

organisiert und ähnliches. Ich habe weiß Gott kein Problem mit Autoritäten, aber Regeln sind häufig nicht so dynamisch wie die Realität. Es bedarf ständiger Anpassung, sonst werden nötige Vorschriften irgendwann zu Ritualen, die keiner mehr versteht. Was daraus folgt, sehen wir nicht zuletzt in der aktuellen Flüchtlingspolitik. Da gibt es feste Regeln, die hält nur keiner mehr ein. Die europäische Union nicht, Deutschland nicht, die Flüchtlinge nicht. So etwas stört mich immens. Man kann die womöglich veralteten Gesetze ändern und den neuen Umständen anpassen oder man hält sich an die bestehenden Gesetze. **Aber Gesetze einfach zu missachten führt ins Chaos.** Davon unabhängig denke ich, dass auch junge Menschen eine Vertretung in den Parlamenten brauchen. Fragen zur Finanzierbarkeit einer überalternden Gesellschaft müssen schließlich jetzt beantwortet werden und dürfen nicht so lange verdrängt werden, bis der Zug abgefahren ist. Ebenso sind Jugendarbeitslosigkeit, Netzpolitik, Digitalisierung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie Themenfelder, die eher von jungen Parlamentariern angegangen werden wollen.

Demos gegen Kriege, soziale und Generationengerechtigkeit, Persönlichkeitsrechte, das klingt nach SPD, Grünen oder der FDP, warum haben Sie sich ausgerechnet für die AfD entschieden?

Eine demokratische Partei ist immer das, was man aus ihr macht. Eigentlich ein lebendiges Beispiel für das Thomas-Theorem. Dieser Zusammenhang wird häufig nicht verstanden. Wenn nur genügend einflussreiche Personen sagen, die AfD sei eine rechte Randgruppenpartei, dann wird sie das vielleicht auch irgendwann. Und natürlich gibt es gewisse Interessen in anderen Parteien oder politischen Strömungen, dies immer wieder zu behaupten. Zu diesen Interessen zählen fiskalische Nachteile durch die Erfolge der AfD, aber auch ideologische Beweggründe oder einfach nur Ängste vor Veränderung und Opposition. Ein Stück weit sicherlich auch die Sorge um die eigene Konkurrenzfähigkeit und politische Potenz, die über die Jahre deutlich verloren gegangen ist. Es war ja lange sehr gemütlich in den Parlamenten. Die letzten seismographischen Ausschläge mit der Gründung der Grünen liegen jetzt auch schon wieder weit zurück. Hier liegt der andere Punkt. Eine neue Partei bietet eben genau diese attraktive Möglichkeit, außerhalb der gemütlichen Bahn zu denken und zu handeln. Da sind wir wieder bei den alten Spielregeln. Die Probleme der Moderne lassen sich nicht mehr mit der SPD beantworten, deren ideologische Substanz auf das 19. Jhd. zurück geht. Neue Fragen brauchen neue Lösungen. Das Motto der Landes- aber auch der Bundesregierung, wir würden in den besten aller Zeiten leben, hat etwas Törichtes und ist für viele sogar ein Schlag ins Gesicht. Ein einfaches „Weiter so!“ kann doch nicht auf Dauer ein politisches Programm ersetzen. Das ist meine Hoffnung an das Programm der AfD.

Wir müssen Antworten finden auf die Fragen, die durch die politische Apathie der Altparteien vor sich hin schwelen, bevor sie zu einem Problem herangewachsen sind, dem wir nicht mehr Herr werden können. Dafür gibt es ja genügend Beispiele: Die Eurokrise, die Bankenkrise, in gewisser Weise auch die erweiterten Probleme der Globalisierung, deren Nichtbeachtung jetzt in politischen Eigenarten wie Präsident Trump münden. Das Eisen muss man schmieden, solange es heiß ist, sagt man, sonst braucht man irgendwann die Brechstange. Und das kann keiner wollen, daher: AfD! Ein wenig frischer Wind in den Parlamenten, alleine schon, um die anderen Parteien aufzuwecken. Parteilich hat das bereits funktioniert. Eine ganze Reihe unserer Forderungen wurden bereits übernommen, und das obwohl wir noch in der außerparlamentarischen Opposition sind. Stellen Sie sich die Wirkung vor, wenn wir flächendeckend mit in den Plenarsälen sitzen.

Neben Ihrem bislang ehrenamtlichen Engagement in der AfD sind Sie in einer hausärztlichen Praxis als Arzt tätig. Wie beeinflusst sich das gegenseitig?

Die Erfahrungen, die ich als Arzt gesammelt habe, sind für mich als Politiker ungemein wichtig. Als Arzt komme ich direkt mit den Nöten der Menschen in Kontakt. Ich höre, in welchen Betrieben es zurzeit Druck von oben gibt, in welcher Firma die Stimmung kippt, weil vielleicht Entlassungen drohen. Ich bekomme die Auswirkungen von Armut auf die

Menschen direkt zu sehen und zu spüren, kann miterleben, wie sich gesellschaftliche Gegebenheiten auf die Gesundheit meiner Patienten auswirken und ich habe natürlich direkten Kontakt zu vielen Stellen im Gesundheitswesen. Ich weiß also wie hart die Krankenschwester arbeitet oder was sich die Rettungsassistenten auf der Straße alles anhören dürfen. Das sind alles Dinge, die einen als mitfühlenden Menschen nur noch mehr dazu drängen, sich zu engagieren. Andererseits beeinflusst mich das politische Engagement weniger in meinem beruflichen Handeln. Für mich ist ganz klar: Alle Patienten werden von mir gleich behandelt! Wer in Not ist, kann auf meine Hilfe bauen.

Woher nehmen Sie die Energie sich neben dem Beruf und trotz aller Anfeindungen so für die AfD einzusetzen?

Es ist nicht gemütlich, gegen den Mainstream zu sein, oder wie sagte Tucholsky: „Nichts ist schwerer und erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein!“ Der Mensch ist nicht perfekt und pendelt in der Geschichte oft zwischen Extremen. Umso wichtiger ist eine Opposition wie die AfD, ein Korrektiv, das den Finger in die Wunde legt und auf die Rationale pocht, während andere versuchen, extreme Thesen salonfähig zu machen. Es gibt viele politische Baustellen, an denen wir dringend benötigt werden, besonders in NRW.



Die LINKE lehnt „völlig untragbares Abkommen“ ab.

Wahlkampf. Organisierte Schlammschlacht zwischen den Parteien. Angriffe auf den politischen Gegner weit unter der Gürtellinie. Plakate der anderen abreißen oder beschmieren, gerne mit dem beliebten Hitlerbärtchen. Oder die anonymen Hinweise an die Presse. Diffamierungen, Diskreditierungen, Verleumdungen, blanke Lügen, das ganze Programm. Da hatten einige schon die Messer gewetzt. Endlich keine Schamgrenzen mehr: wie geil ist das denn?

Doch da – und das muss man ohne Häme und mit ernsthafter Anerkennung zur Kenntnis nehmen – hat Bündnis90/ Die Grünen mit Schreiben vom 17.02.2017 ein Fairness-Abkommen vorgeschlagen. Danach sollten sich

alle am Wahlkampf teilnehmenden Parteien in NRW verpflichten, im Sinne der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung sich auch den Regeln des Anstands, der Wahrhaftigkeit und last but not least unserer Verfassung zu unterwerfen.

Die AfD NRW hat diesen Vorschlag mit großem Beifall einhellig begrüßt, unterstützt und sich schon auf den Unterzeichnungstermin am 03. 03. 2017 gefreut. Offenbar zu früh. Denn nun verwarft sich die LINKE dagegen und lehnt den Vorstoß der anderen Parteien ab. Ein Fairness-Abkommen? Also keine Schlammschlacht, keine Plakate beschmieren, keine Diffamierungen, Diskreditierungen, Verleumdungen? Das geht – so muss man es

wohl interpretieren – in den Augen der Linken gar nicht. Die von ihnen formulierte Begründung verhilft dem Terminus „Scheinheiligkeit“ zu völlig neuem Glanze. „Eine Unterzeichnung dieses Abkommens verbietet sich für uns schon allein aufgrund des Umstands, dass Sie Ihr Angebot auch an die AfD gerichtet haben!“ Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Denn das bedeutet ja nicht mehr und nicht weniger, als dass alles, was auch die AfD fordert – die Einhaltung bestehender Gesetze, die Akzeptanz demokratischer Entscheidungen, das korrekte Abführen von Steuern, Gewaltfreiheit in der politischen Debatte oder andere Selbstverständlichkeiten – von den Linken abgelehnt wird. Das nennt man dann

Prinzipientreue! Aber vielleicht ist der Ablehnungsgrund auch viel banaler. Was sollen denn die Antifanten machen, wenn sie nicht mehr Schaufenster einschmeißen, Autos zerkratzen und AfD-Mitglieder angreifen dürfen? Wenn für etliche von ihnen die einzig verlässliche Einkommensquelle zu stocken droht? Möglicherweise möchten die Linken nur ihrer Verantwortung gegenüber den ohne klare Zielvorgabe völlig hilf- und orientierungslosen Neo-Faschos nachkommen. Wir wissen es nicht. Wir nehmen es nur zur Kenntnis.

Wahlkampf dann also wohl ohne die Linken. Nicht weiter tragisch: Wir werden ja auch nach der Wahl ohne sie auskommen müssen.